

Widersprüche und Spannungsprofile im Reich der Mitte

Ulrich Schmid

Round-Table Vortrag 13. Mai 2003 *

Inhalt

Politik und Moral
Jiang Zemin's Ehrgeiz
Ökonomisches Gefälle – ethnische Spannungen
Tibet
Wirtschaftsreformen
Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaftsaufschwung
Die Taiwan-Frage
Widersprüchliche Ideologie?
Ideologisches Korsett und politische Praxis
Moral und Geschäft
Folgerungen
Handel ... bringt ... Demokratie
Das Problem der Menschenrechte

Politik und Moral

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie wissen es: Nichts verwirrt den modernen Menschen mehr als Wort „Moral“. Als Kind versteht man nicht, was damit gemeint ist, als Jugendlicher, angesichts des mahnend erhobenen elterlichen Zeigefingers, ahnt man vage, dass man ihrer entbehrt und dass man darüber wohl in nur ungenügendem Masse bedrückt ist, und als Erwachsener erkennt man, dass jene, die dauernd von ihr reden, meist auch jene sind, die glauben, sie hätten besonders viel davon. In politischen Belangen, und in Bezug auf China ganz besonders, ist es geradezu fatal, die Moral zu bemühen: Wer ärgerte die Diplomaten und die Geschäftsleute mehr als jene Menschenrechts-Aktivistinnen oder jene Journalisten, die so penetrant auf diesen peinlichen Fragestellungen insistieren?

Nun, ich will Sie heute etwas ärgern, und drum werde ich, später, noch ausführlich von Moral reden und für mehr moralische Wachsamkeit und Konsequenz im Umgang mit China plädieren. Ich tue das natürlich nicht nur, um Sie zu ärgern, sondern auch, weil ich weder ein Anhänger des leichtfertigen moralischen Relativismus bin noch glaube, dass Politik und Moral nichts miteinander zu tun haben, wie manchmal behauptet wird. Im Gegenteil: Moral spielt in der Politik immer eine Rolle, und da, wo wir sie krampfhaft zu exorzieren versuchen, scheitern wir im allgemeinen noch grandioser als da, wo wir uns bieder ihrer erinnern. Aber genug damit. Wenden wir uns kühl und sachlich den Widersprüchen und Spannungsfeldern im modernen China zu.

Ich bin Journalist, Journalisten lieben die Personalisierung, und so beginne ich mit den Führern, jenen Menschen, die bekanntlich dann am intensivsten lächeln und die Harmonie beschwören, wenn die Widersprüche und Spannungen am größten sind. Der im Westen bekannteste chinesische Politiker dürfte – nebst den verstorbenen Größen *Mao Zedong* und *Deng Xiaoping* – derzeit noch immer der frühere KP-Chef und Präsident *Jiang Zemin* sein, der aber als Chef der Militärkommission und Oberbefehlshaber der Streitkräfte weiterhin über großen Einfluss verfügt. Anhand der Person Jiangs lassen sich die heutigen Widersprüche Chinas exemplarisch darlegen.

Jiang Zemin's Ehrgeiz

Es ist erst ein gutes Jahr her, als ich zum Schluss eines langen Interviews in der Akademie der Sozialwissenschaften in Beijing zwei Professoren eher scherzhaft fragte, was denn *Jiang* tun müsse, um den Status seiner großen Vorgänger *Mao* und *Deng* zu erreichen. Die Antwort kam für einmal wie aus der Pistole geschossen: Reich müsse er China machen, sagten die Herren, reich, wie der Westen reich sei, und zwar noch zu Lebzeiten. Und dann lachten sie herzlich und ich lachte mit, und wir zwinkerten uns in subversiven Einverständnis zu, denn was die beiden älteren Herren gesagt hatten, ohne es zu sagen, war ja nur dies: *Jiang* hat keine Chance, in die Sphären der *Maos* und *Dengs* aufzusteigen. China mag bestenfalls bis in 20, 25 Jahren zu einem Land mit moderatem Wohlstand geworden sein, aber eben: bestenfalls, das heißt, wenn globale und regionale Krisen ausbleiben, wenn die sozialen Spannungen ausgeglichen werden können und wenn sich das erstarrte Herrschaftssystem im Einklang mit der Wirtschaft kreativ erneuert. *Jiang* ist weit über 70 Jahre alt: Das schafft er nicht mehr, und wenn er sich tausendmal auf Plakaten mit den beiden Großen ablichten lässt.

Doch *Jiang* ist ehrgeizig, nichts strebt er verbissener an als die Gleichstellung mit seinen großen Vorgängern, und deshalb hat er sich während seiner ganzen Amtszeit nach Feldern umgesehen, auf denen Großes zu leisten wäre. Simple Nachahmung kommt für ihn nicht in Betracht. *Mao*, der Revolutionär, Kriegsherr und Staatsgründer, ist als Galionsfigur des modernen China unantastbar. *Deng*, der Pragmatiker, der den Maoismus über Bord warf und den Chinesen die Freiheit gab, sich zu bereichern, ist vor allem unter den Jungen und den Wohlhabenderen zum Halbgott avanciert und weit beliebter als *Mao*, unter dessen aberwitzigen Eskapaden das Land Unsägliches zu leiden hatte. Was also bleibt übrig? Meine beiden Professoren ergänzten ihre erste hinterlistige Anregung durch weitere Vorschläge. *Jiang* könne versuchen, die *wachsende soziale und wirtschaftliche Kluft* zwischen dem prosperierenden Osten und dem bitterarmen Westen des Landes zu schließen, sagten sie, und schauten zweifelnd in die Runde. Oder er könne die *ethnische Harmonie* vertiefen, die Eintracht zwischen den Han und den Angehörigen der anderen Volksgruppen „noch mehr fördern“ – die Professoren *achteten sehr* auf ihre Wortwahl. Oder, und hier blickten sie ernst, er könne *Taiwan erobern*. Nicht erobern: Vom Joch der Nationalisten befreien. Von den übrigen denkbaren Maßnahmen zur Steigerung des Renommees *Jiangs* – vom Beitritt Beijings zur WTO bis zur Abhaltung großer, schöner und prestigeträchtiger internationaler Anlässe wie der Olympischen Spiele – wollten die beiden klugen Herren gar nicht reden. Wer solche Kinkerlitzchen mit den Errungenschaften eines *Mao* oder *Deng* vergleiche, verzerre die Dimensionen.

Ich garantiere Ihnen, meine Damen und Herren, dass *Jiang Zemin* die Liste der beiden Professoren auswendig kennt, und ich bin nicht der einzige, der vermutet, dass sie ihm schon eine Menge schlafloser Nächte bereitet hat. Reich werden wie der Westen, den Graben zwischen Ost und West auffüllen, die ethnische Eintracht fördern, Taiwan erobern – hier

hängen sie, die prallen Würste des Ruhms, hier, nur ein paar Zentimeter vom Hungrigen entfernt im Schaufenster, und sind doch unerreichbar. *Jiang* weiß, was zu tun ist, doch er wird scheitern. Das schmerzt ihn, hat ihn immer geschmerzt, die Chinesen wissen das. Für uns aber sind die Ideen der Professoren höchst brauchbare Anregungen; nehmen wir sie also einzeln vom Haken.

Ökonomisches Gefälle – ethnische Spannungen

Untauglich als Steigbügel zur politischen Unsterblichkeit ist der Bereich des ethnischen Ausgleichs. Nicht, weil das Problem nicht existierte. Was aus den Mongolen, den Uiguren und den Tibetern im modernen China werden wird, ist durchaus von Belang, und dass diese Völker sich mit ihrem Schicksal abgefunden haben, ist zu bezweifeln. Aber die Formulierung der Professoren hat es bereits angedeutet: „Noch mehr“ Harmonie ist gefragt, und das tönt doch verzweifelt nach jener törichten Phrase der „*more perfect union*“, die jeder amerikanische Präsidentschaftskandidat bemüht, wenn er seinen Landsleuten darlegen muss, dass Amerika, „*the greatest country on the face of this earth*“, doch noch ein paar Mängel aufweist, Mängel, die er – nur er – zu beheben wissen werde. „Noch mehr Harmonie“, das ist Hinweis auf die offizielle Sprachregelung, laut der die Spannungen zwischen den Ethnien bereits abgetragen sind, und daraus wiederum folgt, dass jenen, die sich anschicken, die Harmonie zu harmonisieren, kaum noch Ruhm winkt.

Das allerdings bedeutet nicht, dass es hier keine Spannungen und Widersprüche gibt. Auf meinen Reisen durch die Provinzen Chinas habe ich festgestellt, dass das Bild obrigkeitlich verkündeter Harmonie beträchtliche Schadstellen, ja Risse aufweist. Alles wird davon abhängen, ob sich die Zentralmacht in Beijing halten kann. Kann sie das, haben weder die Tibeter noch die Mongolen noch die Uiguren noch die Angehörigen der übrigen 52 Ethnien in absehbarer Zeit eine Chance auf Selbstbestimmung oder Autonomie. Die Mongolen sind in ihrem Gebiet, der Inneren Mongolei, bereits hoffnungslos in der Minderheit; ihre Kultur wird systematisch zerstört, Tradition wird nach bewährtem Muster auf unverbindliche Folklore reduziert. Die Han dominieren nach Belieben. Was die Welt nicht weiß, weil in Gebieten, in denen es keinen Journalismus gibt, per definitionem auch nichts geschieht, ist dies: Nach dem Niedergang der Sowjetunion, im Zuge derer sich auch Ulan Bator vom Joch Moskau befreite, formierte sich in der Inneren Mongolei eine irredentistischen Bewegung, die nach nationaler Selbstbestimmung, kultureller Renaissance und einem Anschluss an Ulan Bator rief. Manchenorts kam es zu Aufständen gegen die chinesischen Herrscher. Beijing schlug sie mit größter Härte nieder, unbeachtet von der Weltöffentlichkeit. Die Anführer der Erhebung, etwa 200 an der Zahl, flohen nach Ulan Bator, wo sie laut Aussagen westlicher Experten vom chinesischen Geheimdienst innerhalb von etwa zwei Jahren allesamt liquidiert wurden. Überlebt hat niemand.

Die Mongolen stellen heute kein Problem mehr dar für Beijing. Anders die muslimischen Uiguren in der Autonomen Region Xinjiang. Hier gibt es klare ethnische, historische und religiöse Trennlinien, und hier gibt es auch noch Widerstand. Die Uiguren sind Muslime, sie haben Sprache, Kultur, Geschichte, sie verfügen über eine Identität, und diese Identität versuchen die Han mit ihrer Politik der Massenbesiedelung auszulöschen. Vor 50 Jahren lebten in Xinjiang noch etwa 5 Prozent Han, heute sind es 50, in großen Städten wie Urumqi bereits 80 Prozent. Der Influx der Han-Chinesen dauert an, die Uiguren geraten in die Minderheit, wenn nicht bald etwas geschieht, blüht den Uiguren das Schicksal der Mongolen. Seit die Amerikaner Jagd auf Terroristen machen, hat Beijing noch mehr Freiheiten als früher. Als Dank für die stillschweigend Tolerierung der Intervention in Afghanistan hat Washington

Beijing erlaubt, die „Islamische Bewegung Ostturkestan“ im Uno-Sicherheitsrat auf die Liste terroristischer Organisationen zu setzen, und erfreut stellen die Vertreter Beijings fest, dass das Verständnis der Weltgemeinschaft für den Kampf Chinas gegen den internen islamischen Terrorismus dramatisch gewachsen ist. (Außenminister Tang). Nicht, dass wir uns falsch verstehen: Ich bestreite nicht, dass es uigurische Organisationen gibt, die mit terroristischen Mitteln kämpfen, und Kontakte zwischen den Taliban, der Kaida und diesen Gruppen hat es zweifellos gegeben. Doch bewaffneter Widerstand in einem undemokratischen Regime wie China ist nun einmal nicht das gleiche wie Terror gegen unschuldige Bürger im Westen.

Tibet

Ethnisch am homogensten sind nach wie vor die Tibeter, und die Unfähigkeit der Beijinger Führung, Tibet zu hanisieren, hat beim ganzen Ernst der Lage etwas Ergötzliches. Über die Repression am Himalaja brauche ich nicht viel Worte zu verlieren. Das tief religiöse Volk der Tibeter hat bis heute kein Recht auf Selbstbestimmung, weder in religiöser noch in politischer Hinsicht. Der Begriff der Autonomie, den die Kommunisten verwenden, ist eine Floskel. Beijing fördert die Einwanderung der Han nach Kräften und versucht, genau wie in Xinjiang, die Jugend mit einer Mischung aus Drohung und Lockung zu ködern. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben: Vielen jungen Tibetern, vor allem den Nomaden, die ein unvorstellbar hartes Leben führen, erscheinen Dinge wie Schulbildung und ein bescheidener Wohlstand weitaus verlockender als das Hüten von Jaks und Bergziegen in endlosen, vereisten Hochebenen, und dass sie diese Annehmlichkeiten mit demonstrativer Botmäßigkeit, je Erniedrigung bezahlen müssen, nehmen sie in Kauf. Doch die Zahl derer, die den fatalen Kuhhandel durchschauen und sich verweigern, ist nicht gering; die Tibeter sind ein Volk mit einer bemerkenswerten Resistenz gegenüber den trivialen Accessoires der Moderne. Und die Chinesen sind nur schwer in die tibetischen Berge zu bringen: Das ist ihnen dann doch zu ungemütlich, Sonderzulagen hin oder her. Dass Jiang sich hüten wird, Tibet und die Versöhnung mit den Tibetern zum Thema zu machen, liegt aber auch daran, dass dieses Volk international bekannt ist. Anders als die Uiguren, die keinen entwickelten Sinn für Public Relations haben, haben es die Tibeter, hat es vor allem ihr Oberhaupt, der *Dalai Lama*, hervorragend verstanden, den Westen für sich einzunehmen. Dabei profitiert er davon, dass der Buddhismus, vor allem die tibetische Variante das Lama-Buddhismus, im Westen bei Alt und Jung als schick gilt. Mit wallenden Gewändern in allen Rotschattierungen, mit flackernden Butterkerzen in duftenden, mit Teppichen ausgelegten Räumen, mit leise quietschend rotierenden Gebetstrommeln und geheimnisvoll monotonen Gesängen aus den unergründlichen Tiefen riesiger Kloster können es die prosaischen Muslime nicht aufnehmen. Man mag diese etwas äffische westliche Begeisterung für Äußerlichkeiten bedauern; ihre politische Relevanz ist evident. Doch so ungehobelt und urtümlich die Tibeter auch sein mögen, für sie gilt letztlich das gleiche wie für die Uiguren und die Tibeter: Solange sich die Zentralmacht in Beijing behauptet, haben sie keine Chance auf eine Zurückgewinnung ihrer Unabhängigkeit.

Wirtschaftsreformen

Weiter, zur Wirtschaft. Gewiss, *Jiang* kann China nicht auf das Niveau des Westen bringen, aber könnte er die Wirtschaft nicht, sagen wir: konsolidieren? Doch, das kann er, und er hat einiges getan, um das Fundament für stetiges Wachstum zu legen. Sehr sexy ist ein derartiges Vorhaben natürlich nicht, dazu fehlt ihm der prickelnde Reiz des Neuen – in den Olymp kommunistischer Dreifaltigkeit wird sich *Jiang* mit der Sicherung des Bestehenden nicht hieven. Doch wie realistisch ist die Annahme überhaupt, die KP könne das bereits Erreichte

konsolidieren und die fantastische ökonomische Aufholjagd der letzten beiden Dekaden weiterführen? Es ist heute Mode, vom unerhörten chinesischen Wachstumspotenzial zu schwärmen, von einem vibrierenden 1,4-Milliarden-Markt, der allen, vom ausländischen Investor bis zum Reisbauern auf Hainan, Glück und Wohlstand bringen soll.

Gemach. Sicher, die Chancen stehen gut, dass China weiter prosperieren und in zwei, drei Dekaden den Stand eines armen mitteleuropäischen Landes erreicht haben wird. Doch so groß die Chancen auf wirtschaftliche Prosperität sind, so groß, vielleicht noch größer, sind auch die Probleme, mit denen sich Chinas Führung auseinander zu setzen hat. Wie immer der Übergang zu einer modernen, funktionierenden Marktwirtschaft auch vor sich gehen wird: Es wird dabei zu schweren Verwerfungen kommen. Chinas Beitritt zur WTO ist ein gutes Beispiel für das spannungsvolle Nebeneinander von Erwartungen und Risiken. Der Vertrag verschafft dem Land nicht nur verbesserte Exportbedingungen, sondern verpflichtet Beijing auch zur Einhaltung internationaler Bestimmungen und zum Abbau protektionistischer Maßnahmen, vor allem im Landwirtschaftsbereich. Wird das geschehen? Zweifel sind angebracht. Nehmen wir ein prominentes Beispiel, die Piraterie westlichen geistigen Eigentums, etwa die Herstellung von CD-Raubkopien. Laut den WTO-Vereinbarungen hätte die Regierung in Beijing den Markenschwindlern längst das Handwerk legen müssen. Geschehen ist nichts. Noch heute kann ich meine Raub-CDs in einem kleinen, gemütlichen Laden gleich neben der Sanlitun-Straße für ein paar Yuan kaufen; der Polizei ist das egal. Wieso? Weil der Raub geistigen Eigentums eine Wachstumsbranche ist und weil breite Regierungskreise von ihm profitieren. Auf 18 Milliarden Dollar wird der Schaden geschätzt, der westlichen Unternehmen deswegen entsteht, und darin ist der Image-Verlust samt Folgekosten noch nicht eingerechnet.

Nicht, dass Chinas Führer hilflos wären. Wenn sie wollten, könnten sie dafür sorgen, dass Fälschungen über Nacht vom Erdboden verschwinden. Doch Mogeln gehört nun einmal zum Geschäft, und was für die Piraterie gilt, gilt auch für die strukturellen Neuerungen, die mit dem WTO-Beitritt nötig geworden sind. Die Reform der maroden staatlichen Betriebe ist stillgelegt, über die Zusicherung des früheren Premiers Zhu, er habe diesen Sektor durch harte Reformen wieder wettbewerbsfähig gemacht, mag man nicht einmal mehr lachen. Ob die neue Führung unter Regierungschef Wen Jiabao den Mut zu schmerzhaften Schnitten ins Fett staatlicher Hilfeleistungen hat, ist noch offen. Immerhin wächst in diesem Vakuum die Erkenntnis, dass der WTO-Beitritt für China keine grundsätzlich neuen Schwierigkeiten schafft, sondern lediglich die bereits bestehenden Strukturschwächen akzentuiert.

Wirklich ernst zu nehmen ist jedoch die zunehmende Überschuldung der Wirtschaft. Noch glaubt man, das Problem im Griff zu haben - das Haushaltsdefizit liegt bei etwa 3 Prozent, die Staatsverschuldung bei gerade noch ?akzeptablen? 16 Prozent des BSP. Doch das dürfte sich bald ändern. Ohne eine massive Neuverschuldung hat China nicht den Hauch einer Chance, sich erfolgreich den WTO-Normen anzupassen. Zu finanzieren ist nicht nur das Hinführen einer völlig maroden, hoch defizitären Staatswirtschaft zur Wettbewerbsfähigkeit, sondern die Schaffung eines Sozialsystems, das in der Lage ist, die Forderungen Dutzender von Millionen Alter und Entlassener zu befriedigen. Auch die Einrichtung einer Krankenversicherung ist nicht ewig aufschiebbar. Beijings Vorteil in dieser Lage ist es, dass man eine Verschuldung wagen kann. Die Staatsbetriebe müssen Schuldscheinquoten kaufen; der Staat kann sich jederzeit mit seinem eigenen Geld finanzieren. Dabei kommt ihm entgegen, dass die Gefahr einer Inflation noch immer gering ist. Noch wichtiger aber ist, dass Beijing genau weiß, dass die internationalen Finanzinstitutionen das Reich der Mitte im Fall einer dramatischen Wirtschafts- oder Währungskrise nicht hängen lassen werden. Wer Brasilien und Argentinien aus der Bredouille führt, der hilft auch China, denn eine chinesische Krise würde das Weltwirtschaftssystem erschüttern.

Entscheidend bei alledem bleibt die Politik. Die Wirtschaftsreformen stehen und fallen mit den Entscheiden der Beijinger Führung, und wenn sich bei den Kommunisten der Eindruck verstärkt, weitere Liberalisierungsschritte seien sozial nicht mehr verantwortbar, dann wird das Tempo der Reformen gedrosselt. Der Glaube vieler westlicher Wirtschaftsführer, die zunehmende Einbindung Chinas in die Weltwirtschaft schließe eine volle oder auch nur partielle Rücknahme der Reformen aus, ist nur das: ein Glaube. Es überrascht mich übrigens immer wieder, wie selektiv die Wahrnehmung gerade im Fall Chinas geworden ist. Man starrt auf die glitzernden Wolkenkratzer an der Ostküste, freut sich an den Sushi Bars in downtown Schanghai und hält das alles für die Vorboten des neuen, permanent beschwerdefreien asiatischen Marktes – die 800 Millionen bitterarmen Bauern, die es ja auch noch gibt, irgendwo da hinten, im Westen, wo selten jemand hinfährt, weil es da so ärmlich und traurig ist, die werden verdrängt.

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaftsaufschwung

Verdrängt wird auch, und das wundert mich noch mehr, die vage Erinnerung daran, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaftsaufschwung etwas miteinander zu tun haben könnten. Dass ein sauberer, für die Gemeinschaft profitabler Wettbewerb mit gesunden Unternehmen nur in einer rechtlich einigermaßen gesicherten Umgebung entstehen kann: Man hat es zwar einst gelernt, doch im Falle Chinas scheint dieses Wissen plötzlich nicht mehr so wichtig zu sein. Ist denn China nicht so ganz, ganz anders? Blüht denn nicht alles? Wächst denn nicht alles? Und ist denn nicht auch in Singapur alles gewachsen, wo es doch auch nicht puristisch demokratisch zugeht? Wer will denn so verboht und überheblich sein, immer nur die westlichen Modelle für die richtigen zu halten? Nun, warten wir ab. Gewarnt sind wir. Die asiatische Krise liegt hinter uns, die Elogen, mit denen einst das ebenfalls so „ganz andere Modell“ Japan bedacht wurden, sind in guter Erinnerung.

Doch zurück zu *Jiang* und seinen Alpträumen. Kann er als starker Mann Chinas nicht wenigstens den Westen an den Osten heranführen, den Bauern in Shaanxi, in Sichuan, Yunnan, Qinghai und Henan Einkommen verschaffen, die sich auch im Osten sehen lassen können? Nein, kann er nicht. Der Graben zwischen Ost und West schließt sich nicht, er wird größer. Die Einkommen im Osten wachsen noch immer sehr viel rascher als jene im Westen, absolut und relativ. Natürlich tut man einiges. Mit Sonderzulagen werden Arbeiter zum Bleiben oder zum Umzug in noch rückständigere Gebiete veranlasst, und mit Infrastrukturprojekten wird versucht, die Attraktivität abgelegener Regionen zu heben. Genutzt hat es bisher wenig. Vom Wohlstand Schanghai, Hongkongs oder Shenzhens profitieren lediglich deren Agglomerationen. Bereits sind die Saläre in den genannten Städten so hoch, dass die Investoren ins Hinterland ausweichen, wo weitere Millionen begierig drauf warten, sich zu Spottlöhnen ans Fliessband zu stellen. Die Menschen aber, die weiter westlich leben, bleiben unvorstellbar arm, und sie werden, wenn sich die Lage nicht bessert, auch weiterhin nach Osten drängen und die soziale Spannung erhöhen. Mit dieser Problematik will *Jiang* nicht identifiziert werden. Die Emanzipation des Westens wird deshalb weiterhin Aufgabe subalternen Beamter bleiben.

Die Taiwan-Frage

Und Taiwan? Es ist eine sonderbare Magie, die von diesem Wort ausgeht. Nichts bringt Chinesen – nicht nur die Kommunisten – mehr in Wallung als eine Diskussion über die Insel der Abtrünnigen. Ach, wie tut Taiwan den Chinesen weh. Das Land ist unabhängig, das Land

ist reich und erfolgreich, und dann hat es sich auch noch erfreut, eine vitale und von seinen Bürgern offenbar hochgeschätzte Demokratie einzuführen. Nichts erbittert die Herren in Beijing mehr als diese Demokratie, denn sie offenbart nicht nur, dass es das taiwanische Volk und nicht nur dessen verirrtes Regime ist, das nichts von den Umarmungsversuchen der Festländer wissen will, sondern sie legt auch die Legitimationsprobleme der Kommunisten bloß. Ganz nebenbei, und das ist für mich die erfreulichste Tugend des durch und durch erfreulichen Landes Taiwan, entlarvt es auch all jene als Schwätzer, die behaupten, die Chinesen seien aus kulturellen Gründen zur Demokratie gar nicht fähig. Taiwan ist der Pfahl im Fleisch Chinas, ist eine böse, schwärende Wunde, und nichts fürchten *Jiang* und seine Entourage mehr, als dass sie dereinst einen demokratischen Wundbrand auslösen könnte.

Für die Kommunisten in Beijing aber ist der Alleingang Taiwans ein Affront sondergleichen, eine unerhörte Herausforderung, und immer wieder sind in Beijing Stimmen zu hören, die zu einer schleunigen Eroberung mahnen. Diese Stimmen kommen oft, aber durchaus nicht immer aus militärischen Kreisen. Die periodische Kriegstreiberei ist nach europäischen Maßstäben gewiss nicht sehr rational, doch sie gehört zum guten Ton in China und wird, wie Sie wissen, nicht nur den minderen Politikern überlassen: Auch *Zhu Rongji*, auch *Li Peng*, auch *Jiang* selber haben schon mit Krieg gedroht, der frühere Premier *Zhu* vor den letzten Wahlen ganz besonders laut. Das Amüsanteste an diesen Wellen der Indignation ist jeweils der eilige Rückzug, den sie nötig machen, sobald sich gezeigt hat, dass sie nichts gefruchtet haben. Die Taiwaner wählten die Demokraten, und Beijing musste es hinnehmen, musste zurückkriechen, musste sich sogar bequemen, mit den Unmenschen von Taipeh Kontakte aufzunehmen. Der Gesichtsverlust nach solchen Übungen ist jedes Mal enorm, und wäre China ein demokratisches Land, gesellte sich zum Schaden rasch auch noch der öffentliche Spott.

Jiang hat auch diesen Traum oft geträumt, aber natürlich weiß er, dass er Schaum bleiben muss. Es ist ganz einfach: Ein Angriff auf Taiwan würde in einem Debakel enden. Erstens ist die Insel noch immer in der Lage, sich selber so effizient zu verteidigen, dass der Angreifer schwerste Verluste hinzunehmen hätte. China ist stärker geworden, hat aufgerüstet, aber für einen Angriff reicht das Arsenal noch nicht aus. Die Westküste Taiwans ist für eine Invasion ungünstig, entweder zu flach oder zu steil, die amphibischen Möglichkeiten Chinas sind ungenügend, die Verteidigungsanlagen Taipehs zu dicht gestaffelt. Kommt dazu, dass ziemlich klar ist, dass die USA Taiwan zur Seite stünden und, am wichtigsten, dass Taiwan auch ohne die USA in der Lage wäre, die großen Städte der Ostküste – Fuzhou, Schanghai, Hongkong, Shenzhen, Guangzhou – mit Raketen in Schutt und Asche zu legen. China sähe sich um 20 Jahre zurückgeworfen: Das riskiert man nicht.

Widersprüchliche Ideologie?

Und was ist mit dem Widerspruch zwischen kommunistischer Ideologie und wirtschaftlicher Realität? China wird noch immer von der Kommunistischen Partei geführt, und ich zumindest habe noch nichts davon gehört, dass die Lehren des Marxismus-Leninismus und des Maoismus offiziell über Bord geworfen worden wären. Andererseits wird offen die Marktwirtschaft gepredigt, in Harvard und Yale lernen die intelligenten Kids die Grundregeln des Kapitalismus, und nichts wird mehr verehrt als der wirtschaftliche Erfolg. Muss die chinesische Führung an diesem Widerspruch nicht zwangsläufig scheitern, und zwar bald? Es wird Sie vielleicht überraschen, wenn ich Ihnen sage, dass ich dieses Spannungsfeld für nicht sonderlich wichtig halte. Natürlich bereitet die Kluft zwischen Ideologie und Realität den Kommunisten einige Mühe – schließlich ist die marxistische Ideologie, besser gesagt: die Zwangsläufigkeit der Entwicklung im dialektischen Materialismus, noch immer die wichtigste

Rechtfertigungen einer Herrschaft, die der demokratischen Legitimation entbehrt. Die KP agiert ja nie nur für sich, sondern im Namen eines Glaubens, des Glaubens an eine gute, gerechte, herrschaftsfreie, eben: kommunistische Zukunft, und was sie heute an Zwängen verfügt, verliert seinen Schrecken im rosigen Schein des Paradieses von morgen. So gesehen, ist es natürlich schon ein wenig peinlich, wenn die Partei, die Beschützerin der Arbeiter und Bauern, Millionen von Menschen entlässt und den eigentlichen Beelzebub im kommunistischen Weltgefüge, den Unternehmer, in die Partei holen will. Doch wie gesagt: Das ist nicht sonderlich wichtig. Es ist nicht wichtig, weil es zwischen Herrschern und Beherrschern in China einen unausgesprochenen Konsens gibt, der da lautet, ich muss es so deutlich sagen: Ist doch alles Unsinn. Wer glaubt denn heute noch an den Kommunismus? Die Parteikader? Die doch am allerwenigsten. Die Kader wissen genau, was sie tun, und ich garantiere Ihnen, dass keine ihrer Handlungen von ideologischen Erwägungen geleitet ist, sondern ausschließlich von Machtdenken. Das aber weiß man auch im Volk ganz genau, und deshalb regt man sich über allfällige theoretische Unstimmigkeiten auch nicht weiter auf. Natürlich wahrt die Partei den Schein, natürlich beschäftigt sie noch immer findige Akademiker, die die Aufgabe haben, die reine Lehre mit den Sachzwängen der Wirklichkeit zu verheiraten. Das tun sie, wir wissen es, indem sie sagen, der Kapitalismus sei nur eine Stufe, aber eben eine notwendige, unumgängliche Stufe auf dem Weg zum Sozialismus und zum Kommunismus, dem Endziel, und dass man unter *Mao* etwas hastig gewesen sei und undialektisch *gleich zum Kommunismus* habe hüpfen wollen, sei eben *ein Fehler* gewesen. Ein verzeihlicher Fehler, aber dennoch ein Fehler.

Wen vermag derlei Sophisterei zu überzeugen? Die Akademiker, die ich interviewte, krümmten sich jeweils vor Unbehagen, wenn sie solche Thesen erläuterten, und es ist wohl auch kein Zufall, dass meine beiden Professoren kein Wort über die Möglichkeit verloren, *Jiang Zemin* könnte sich mit einem theoretischen Effort in den kommunistischen Himmel katapultieren. Natürlich ist *Jiang* interessiert an der Lehre. In den Instituten bastelt man seit Jahren an der Entwicklung des *Jiang-Zemin*-Gedankenguts der „*Drei Repräsentationen*“, mit dem die Legitimationsbasis der Partei – unter anderem eben durch die Eingliederung der Unternehmer – verbreitert werden soll. Doch im Volk lacht man über diese Übungen, und auch die Kader geben durch ihr Verhalten deutlich zu verstehen, dass es ihnen egal ist, ob sie ihr Geld nun als Ausbeuter im traditionellen Sinn oder als tugendhafte Frühkommunisten verdienen, die es kurzzeitig und durchaus gegen ihren Willen auf die kapitalistische Bahn verschlagen hat. Die einzigen, die sich wirklich grämen ob des Verlusts des Kommunismus sind die armen Alten, die Verlierer der Modernisierung, jene Müden, Geplagten, die die eiserne Reisschüssel wirklich schätzten und die nun zusehen müssen, wie ihre heiligsten Prinzipien verhöhnt werden – von der gleichen Partei, die sie einst einführte. Doch diese Menschen sind die Verlierer der Transformation, egal ob in China oder Russland, und wenn sie protestieren, dann bleibt das ohne Wirkung.

Entscheidend ist also nicht die Erkenntnis, dass der kommunistische Katechismus mit der Entwicklung nicht Schritt halten kann. Entscheidend ist, dass die Partei an ihrem Machtmonopol festhält, dass sie zwar die Wirtschaft und die Gesellschaft, nicht aber das Herrschaftssystem reformieren will. Damit kreiert sie einen Widerspruch, der im besten marxistischen Sinne unauflösbar ist und der sie früher oder später die Macht kosten wird. Mit der Lehre des Kommunismus aber hat dies alles im Grunde herzlich wenig zu tun. Chinas Herren könnten ihre Ambitionen genauso gut mit einem anderen Dogma bemänteln: Es geht nur um die Macht.

Ideologisches Korsett und politische Praxis

Amüsant allerdings ist es schon zu sehen, wie sehr die Elite an ihrem ideologischen Korsett leidet. Wer im Gespräch mit Kadern fleißig vom Kommunismus spricht und öfter mal betont, dass die Damen und Herren Gesprächspartner ja eigentlich Kommunisten seien, kommt in den Genuss unersetzlicher Momente. Gott, wie ist ihnen das peinlich. Im Anzug des kapitalistischen europäischen Bürgers sitzen sie da, in der Hotellobby, mit Hemd und Krawatte, und möchten über *Cash Flow* und Investments und Börsenkurse reden, und dann werden sie penetrant daran erinnert, dass sie die Arbeiterklasse vertreten, dass sie ihr Diktat im Namen des Proletariats ausüben und dass bei *Mao* nichts von Privatisierungsaktionen zu lesen ist. Was wäre den Herren in Beijing lästiger als der Besuch ärmlich gekleideter Genossen aus der Dritten Welt, denen das geschriebene Wort noch heilig ist, die ständig von internationaler Solidarität reden und denen womöglich noch der ehrliche Dreck der Landkommune unter den Fingernägeln klebt? So weit geht der *Kult des Kapitalismus*, dass man sich vor so senkrechten, grundehrlichen Maoisten wie den nepalesischen verleugnet. Im vergangenen Jahr erst sah sich China genötigt mitzuteilen, man „unterstütze die Maßnahmen der nepalesischen Regierung zur Wiederherstellung von Frieden und Stabilität“ und hoffe, das Königreich – das Königreich – werde rasch weitere wirtschaftliche Fortschritte machen. Bemerkenswert, nicht? Eigentlich dachte man, Mao und China hätten einiges miteinander zu tun. Prangt Mao nicht auf den 10-Yuan- und den 100-Yuan-Banknoten? Ragen seine Statuen nicht in den Himmel, lernen die Kinder nicht noch heute seine Sprüche auswendig? Wie kann es da sein, dass Beijing ausgerechnet den Monarchisten, dem laut Mao reaktionärsten Gesindel überhaupt, in ihrem Kampf gegen Maoisten beistehen will? Ich wollte es wissen, ich fragte beim Außenministerium nach. Da hieß es zunächst lapidar, die Freischärler in Nepal seien keine „richtigen“ Maoisten, ganz im Gegensatz zu den chinesischen Kommunisten, welche Mao korrekt interpretierten. Auf die Frage, was denn am Programm der Rebellen – der Beseitigung einer konstitutionellen Monarchie und der Errichtung eines Einparteistaats unter Führung der KP – so schrecklich unmaoistisch sei, gab es im Außenministerium keine Antwort mehr. Ihr Vorgesetzter werde sich um den Einwand kümmern, versprach eine freundliche Sprecherin. Und beim Vorgesetzten ruht der Einwand noch heute und wird weiter ruhen.

Moral und Geschäft

Nun aber zurück zur Moral und zur Diskussion darüber, wie sich der Westen gegenüber China verhalten sollte. Viele finden schon die Frage absurd. Nett natürlich, sagen sie. Nett, verständnisvoll, politisch korrekt eben, denn schließlich tun sie uns ja nichts, diese Kommunisten in Beijing, im Gegenteil, sie tun alles, um so zu werden wie wir, und für die Pein, die sie ihrem Volk zufügen, können wir nichts. Überdies: So schlimm sei es ja nun auch wieder nicht. Mit der Wirtschaft gehe es aufwärts, die Leute seien zufrieden, sie hätten zu essen – hier zitieren die Herren Geschäftsleute auffallend gerne ihren Brecht – und wollten gar keine Demokratie. Die psychologisch Geschulten setzen noch einen obendrauf: Wir übertragen ja nur unsere Ängste, unsere Wunschbilder auf andere Kulturen, und das sei mehr als nur nicht statthaft, nämlich schädlich und, schlimmer, lächerlich.

Ich habe solche Ansichten gerne den Dissidenten vorgetragen, die ich die Ehre hatte zu kennen: Menschen, die lange Jahre im Gefängnis oder im Umerziehungslager verbrachten, Menschen, die wegen ihrer Ansichten – und nur wegen ihrer Ansichten – gefoltert wurden, Menschen, die der Hölle entronnen sind und die doch keine Nacht mehr ruhig schlafen können, weil ihnen die Erinnerung keine Ruhe lässt. Diese Menschen sind Chinesen, und sie

haben überhaupt nicht das Gefühl, ihr Ruf nach Demokratie sei ihnen oder ihrem Volk wesensfremd. Mehr: Sie empfinden die Unterstellungen, es gehe ihnen und ihrem Volk doch eigentlich, um bei Brecht zu bleiben, erst ums Fressen und dann um die Moral, als rassistisch und dumm, und nichts wünschen sie sich mehr, als dass wir Westler uns entschlossener für sie einsetzen.

Die Fakten, meine Damen und Herren, sind ja nicht umstritten. In China werden die Menschenrechte mit Füßen getreten, immer noch und immer mehr. Die Bürger sind entmündigt, dürfen ihre Regierung nicht wählen, dürfen sich nicht frei versammeln und dürfen keine Parteien bilden. Die Justiz spricht nicht Recht, sondern sichert die Herrschaft der Partei. Nach wie vor gibt es keine Form legitimen Dissenses; wer ein paar Voten gegen den Drei-Schluchten-Staudamm im Parlament für erste Regungen eines erwachenden Pluralismus hält, unterschätzt den Sinn der Regierung für taktische Finesse. Unzählige haben ihre Freiheit wegen „*konterrevolutionärer Umtriebe*“ verloren; kein Land hat mehr politische Gefangene. Tausende werden jährlich hingerichtet, viele nach zweifelhaften Prozessen.

Das alles ist bekannt. Aber man redet nicht gerne darüber, weil es so „*unkonstruktiv*“ ist, weil man damit „*ja doch nicht weiterkommt*“ und man schließlich weiterkommen will, vor allem geschäftlich. Chinas Herren verstehen es meisterhaft, den Widerwillen vieler Intellektueller, fremden Kulturen gegenüber besserwisserisch aufzutreten und „*grundsätzlich Anderes*“ an westlichen Ellen zu messen, auszunutzen. Natürlich wissen sie genau, was den Westlern zu entgehen scheint: dass Kritik an Diktatur, Willkür und Terror nicht Kritik an einer Kultur ist, dass Menschenrechte unteilbar sind, also auch für die Chinesen gelten, und dass es keineswegs von einer Geringschätzung Chinas zeugt, wenn man auch die Geplagten und die Dissidenten ernst nimmt. *China „gerecht werden“ heißt nicht wegsehen.* Mord und Totschlag sind Mord und Totschlag auch dann, wenn sie von Nichteuropäern verübt werden. Doch zu beunruhigen braucht derlei Wissen die Kommunisten nicht. Erfolgreich haben sie nackte Repression zu einer Frage der Etikette gemacht, und mit Vergnügen können sie zusehen, wie brave, allem Fremden gegenüber aufgeschlossene Westler Mal für Mal in die Kulturfalle tapen, wie sie aus schierer Angst vor politischer Unkorrektheit den rüdesten Despotismus entschuldigen. Vor allem in Europa hat sich in Bezug auf China mittlerweile eine niederschmetternde Kultur des eiligen Verstehens entwickelt, ein wahrer Wettbewerb des Erklärens und Verzeihens. Es hat mich immer seltsam berührt, wie eifrig ja begierig manche Westler die Annullierung westlicher Werte begrüßen. Sie möchten beides sein: politisch korrekt und klug, und sie sind weder das eine noch das andere. Politisch korrekt sind sie nicht, weil ihr zustimmendes Nicken im Grunde ein kolonialistisches, ein herablassendes ist, und dumm sind sie, weil das Gegenteil stimmt: weil China ins Chaos stürzen wird, wenn es nicht bald Institutionen und Mechanismen schafft, die in der Lage sind, die sozialen Widersprüche zu ventilieren. So stabil China derzeit erscheinen mag: Die Kluft zwischen Regierung und Volk wächst. Darin liegt die Gefahr.

Folgerungen

Was aber bedeutet das für den Westen? Sollen wir Beijing den Krieg erklären? Sollen wir das Land boykottieren, es permanent belehren, Fabriken schließen, Investitionen von Verbesserungen im Menschenrechtssektor abhängig machen? Bewahre. China ist nicht der Irak, und die amerikanischen Ideen des *nation building*, die anderswo angewandt werden, taugen in dieser Größenordnung nichts. Gestehen wir's uns getrost ein: Im Falle Chinas sind unsere Hände gebunden. So markig ich vorher gesprochen habe: Ich glaube nicht, dass die Europäer China wesentlich beeinflussen können. Wir können uns einreden, wir beeinflussten

das Reich der Mitte, wir können glauben, dass unsere schüchternen und wenig glaubwürdigen Interventionen zugunsten politischer Gefangenen etwas bewirken – in Wirklichkeit verändern sie nichts.

Dennoch plädiere ich nicht für Untätigkeit. Der Westen kann seine Politik, kann seine Umgangsformen mit China revidieren, kann die Tonlage ändern und bereits dadurch etliches gewinnen. Am dringlichsten ist meines Erachtens die sofortige Beendigung des unwürdigsten Akts in diesem Theater: des sogenannten Menschenrechtsdialogs. Nichts schadet den Dissidenten und der demokratischen Entwicklung Chinas so sehr wie diese Scheindebatte.

Erstens, weil sie nichts nützt. Noch nie wurde der Dialog so intensiv geführt wie heute und nie, die Kulturrevolution ausgenommen, stand es um die Menschenrechte in China so schlecht. Das sagen nicht etwa böswillige Dauerkritiker, sondern Menschen, die sich von Berufes wegen mit China beschäftigen, die Experten von *Amnesty International* und *Human Rights Watch*. Ich kenne diese Leute, sie sind nicht voreingenommen, sie rekrutieren sich zu einem großen Teil aus wachsamen, vielleicht darf ich sagen: reifer gewordenen ehemaligen Achtundsechzigern, und sie neigen eher zu einem toleranten Linksliberalismus als zu blinder Kritik an kommunistischen Regimes. Amerika, Sie wissen es, wird von diesen Menschen genauso scharf kritisiert. Die europäischen Politiker aber, die so oft, meist vor Reisen ins Reich der Mitte, „*ermutigende Signale*“ vernehmen, sind hier nicht maßgeblich.

Schädlich ist der Menschenrechtsdialog, *zweitens*, weil er das Thema schubladisiert. Unangenehmes wird Delegationen überantwortet, das entbindet die hohen Politiker von der Aufgabe, es anzusprechen. „Überlassen wir das den Herren Experten, die kennen sich in diesem Dossier besser aus“, sagen die europäischen Politiker noch bei der Begrüßung auf dem Flughafen jovial zu ihren kommunistischen Gastgebern, und die hören es gerne. An Pressekonferenzen ist kaum noch etwas zu hören von den Menschenrechten; wer danach fragt, wird hinterher liebenswürdig in die Mangel genommen – von den Westlern, nicht von Chinesen. Solchermaßen aus dem öffentlichen Diskurs verbannt, verkommt die Debatte über die Rechte der Menschen und die Pflichten der Regierungen zum Hobby skurriler Einzelgänger. In Genf, bei der UNO-Menschenrechtskommission hat es im letzten Jahr nicht einmal mehr zu einer Verurteilung Chinas gereicht.

Abgeschafft gehört der Dialog, *drittens*, weil er die chinesischen Herren aufwertet und zum respektablem Partner in einem Dialog macht, in dem es nicht um den Austausch unterschiedlicher, aber gleichwertiger Ansichten geht, sondern um den Kampf um Menschenwürde, die auch Chinesen zusteht. Seht her, sagen die Chinesen: Wir reden mit den Westlern, ganz von gleich zu gleich, und dass unsere Ansichten auseinandergehen, ist ja nur natürlich. Kleine Meinungsverschiedenheit eben, üblich im Pluralismus, üblich unter Erwachsenen, ein Zeichen der Reife.

Noch wichtiger aber ist, *viertens*, dass ein routinierter, institutionalisierter Menschenrechtsdialog den zynischen Tauschhandel fördert. Seit Jahren lassen sich die Kommunisten ihre „*Gutmütigkeit*“ teuer bezahlen, und schon so mancher scharf beobachtende Westler konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, als entdeckte er auf dem Antlitz der kassierenden Kommunisten ein verächtliches Grinsen. *Bush* kommt nach Schanghai, das ruft nach einer Klimaerwärmung, also werden zwei tibetische Dissidenten freigelassen. Die Medien melden es in gebührender Lautstärke, und die Amerikaner, und mit ihnen die Europäer, kommen aus dem Jubeln nicht mehr heraus: Schaut her, da tut sich was, hier wird Goodwill demonstriert, hier brechen verkrustete Strukturen auf, hier keimen die ersten Schosse einer neuen Liberalität, hier wird ziviler Dissens trainiert, hier sind die ersten, obzwar noch schwachen, aber dennoch deutlichen Konturen des neuen, demokratischen China zu erkennen. Und noch während *Bush*, eingekleidet ins blauseidene Hemdchen, seine fein

dosierte Freundlichkeiten von sich gibt, werden neue Dissidenten festgenommen: neue Verhandlungsmasse, die dem Westen schon bald neue Jubelschreie entlocken wird.

Und die Wirtschaft? Die, meine Damen und Herren, soll weitermachen. Jeder Akt merkantiler Zivilisiertheit erodiert die Legitimität der Kommunisten. Ich habe es bereits erwähnt: Auf Dauer können westliche Firmen in China nur erfolgreich operieren, wenn sie einen Rechtsrahmen haben, auf den sie sich einigermaßen verlassen können. Das betriebswirtschaftliche, rechtliche, forschungstechnische und administrative Know-how, das diese Unternehmen mitbringen, verbreitet sich in China in Windeseile, und es ist von großer sozialer Sprengkraft.

Handel bringt Wohlstand, Wohlstand bringt Anspruchsdenken, Anspruchsdenken bringt Demokratie

Wer Güter, Häuser und Kreditkarten besitzt, verlangt Rechte; wer sich per Internet die Welt in die Wohnstube holen kann, wird neugierig; wer in seinem Alltag das Auswählen gewohnt ist, wird nicht verstehen, warum er seine politische Führung nicht selber wählen darf. Etwas Subversiveres als den westlichen Geschäftsmann gibt es in China nicht. *Wie alle totalitären Herrscher kreieren die chinesischen Machthaber die Bedingungen ihres Unterganges selber*, und manchmal, wenn man beobachtet, wie hingebungsvoll sie an der Umwandlung ihres Landes arbeiten, fragt man sich, ob ihnen bewusst ist, welche Geister sie hier rufen. Die ausländischen Investoren, egal aus welcher Branche, egal aus welchem Land, stehen dem Zauberlehrling hilfreich zur Seite, indem sie in ihren Betrieben Menschen heranziehen, die Wissen ebenso eifrig anhäufen wie Besitz, die kritisch denken und die mit den alten Parolen nicht mehr lange abgespist werden können. Hat sich erst einmal eine Mittelklasse etabliert, wird der Ruf nach mehr Demokratie rasch lauter werden.

Würden die chinesischen Führer uns solche Neuerungen übel nehmen? Herrje ja, das würden sie. Sie würden grollen und vielleicht sogar etwas wüten, aber dann würden sie, gescheit und pragmatisch wie sie sind die Geschäfte weiterführen. Halt: Zuerst würden sie versuchen, die westlichen Akteure zu spalten, würden jene belohnen, die zurückbuchstabieren, und jene bestrafen, die hart bleiben. Das zwingt zumindest die Europäer zu koordiniertem Vorgehen, die Amerikaner können sich anders wehren. Das richtige Gefährt für solche Zusammenarbeit wäre an sich die EU, da sie wegen ihrer relativen kulturellen Homogenität doch als schlagkräftiger anzusehen ist als die formalistische, minimalistische und heterogene Uno. Ich bezweifle allerdings, dass der Brüsseler Klub bürokratieversessener Reformverweigerer den Mut aufbringen wird, Beijing auch nur ein einziges Wort des Protestes entgegenzurufen. Von einer Organisation, die sich nicht einmal in Bezug auf die Irakkrise auf eine gemeinsame Sprache einigen konnte, darf nicht viel erwartet werden.

Die oft gehörte Ansicht, mit stiller Diplomatie sei mehr zu erreichen, teile ich nicht. Solange der Westen nicht gewillt ist, seine Druckmittel auch einzusetzen, ist der diskrete Gedankenaustausch hinter verschlossener Tür vielleicht für die Gesprächsteilnehmer interessant, aber er bewirkt nichts. Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass diese Einschätzung viele Wohlmeinende empören wird, die schwören, dass sich auf Grund ihrer unermüdlichen Arbeit – ihrer Seminare, ihrer Gespräche, ihrer Privatinitiative – die Lage in den letzten zehn Jahren markant verbessert hat. Diese Leute täuschen sich. Was sich geändert hat im vergangenen Dezennium, ist die Fähigkeit der kommunistischen Kader, westliche Besucher mit originellen, oft erstaunlich modern klingenden Überlegungen zu bezirzen. Vorbei die Zeiten, da dröge, bebrillte Herren im Mao-Look ihre Gäste mit endlosen Vorlesungen langweilten, sich ab und zu über den Spucknapf neigten und ansonsten nach dem Vorbild des

großen nördlichen Nachbarn jede Anregung mit einem trockenen *Njet* abschmetterten. Heute kriegen die Westler genau das zu hören, was sie hören wollen, und meist gelingt die Täuschung perfekt. Da tue sich etwas in den Köpfen der Führenden, heißt es dann, da würden ganz große Pläne geschmiedet, und da herrsche ein Einsehen, das gehe ja über das vieler Europäer hinaus. Und dann eilen sie hinweg, die Herren und Damen Besucher, zum Flughafen, denn nun gilt es, die Kunde von den originellen, reformwilligen, selbstkritischen Chinesen in alle Welt zu tragen. Nur die reale Lage, die Lage derer, die in den Lagern sitzen, die Lage derer, die auf die Hinrichtung warten oder auf den Polizeistationen zu Krüppeln geschlagen werden, weil sie zum Beispiel ganz legal und offen eine Demokratische Partei gründen wollten, die hat sich eben nicht verändert.

Das Problem der Menschenrechte

Und wenn man das Problem der Menschenrechte ganz einfach links liegen ließe? Wenn man es nicht mehr erwähnte und sich statt dessen auf die Freuden des Merkantilen und die frohgemute Schönwetterdiplomatie beschränkte? Sicher, das ist eine Möglichkeit, und verschlimmern würde sie die Lage der Geschundenen vermutlich nicht erheblich. Auf eine Art wäre sie sogar ehrlicher als das heutige Affentheater. Doch gleichzeitig wäre sie zynisch, und Zynismus, also Menschenverachtung, können wir Europäer uns nach zwei Weltkriegen nicht mehr leisten. Nicht blinder Aktivismus ist gefragt. Gefragt sind Maßnahmen, die die rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätze fördern, die die Achtung der Menschenrechte und die Schaffung eines offenen, angstfreien gesellschaftlichen Diskurses in China voranbringen. Noch einmal: Ich glaube nicht, dass wir viel erreichen können. Aber mit etwas mehr Mut, mit etwas mehr *Zivilcourage* könnten wir zumindest helfen, das Los der Dissidenten in China zu erleichtern. Offenheit und Lautstärke sind Dinge, die die Herren in Beijing ganz und gar nicht mögen; was sie schätzen, ist inhaltslose Höflichkeit, ist taktvolle Diskretion. Enttäuschen wir sie. Reden wir laut, reden wir offen, reden wir „*ehrlich und schonungslos*“ – ist es nicht das, was wir von uns selber immer fordern? Wieso, um alles in der Welt, sollten wir den Regierungen anderer Länder die Ehre der gründlichen Selbstbefragung versagen? Denn eine Ehre ist es: Nicht alles einfach zu schlucken, nach Motiven zu forschen und Widersprüche bloßzulegen bedeutet nichts anderes, als jemanden ernst zu nehmen. Die Aussagen chinesischer Führer unbesehen in eine Art intellektuellen Schonbezirk zu verbannen, ist eine Form der Geringschätzung. Tun wir den chinesischen Kommunisten also die Ehre an, sie ernst zu nehmen, sprechen wir aus, was uns stört, auch auf die Gefahr hin, dass sie dies nicht erfreut.

Natürlich wäre es töricht zu behaupten, solche Schritte brächten die sofortige Wende. Nein, ihre Wirkung bliebe vermutlich begrenzt, kurzfristig zumindest. Doch China setzt nun einmal auf die Kommunikationsformen der Moderne, und lange können die Herren Chinas die Kritik des Westens vor ihren Bürgern nicht mehr verbergen. Zwar sollte man sich hüten, die soziale Sprengkraft technischer Neuerungen zu überschätzen. Aber in China hat der rasante Vorstoß der Internet-Kommunikation durchaus revolutionäre Qualitäten, und das kann der Westen ausnützen. Eine klug dosierte, aber nachhaltige Kritik an der Menschenrechtspolitik über Jahre hinweg wird nicht nur den Dissidenten, sondern breiten Schichten der chinesischen Bevölkerung Hilfe und Ermutigung sein und den Umbau des Landes nach dem Sturz der Kommunisten beträchtlich erleichtern. Dass Chinas Führer klug genug sind, die Macht rechtzeitig abzugeben oder sie zu teilen, kann man hoffen; daran glauben, wie es einige tun, muss man nicht. Sicher ist hingegen, dass die Parteibosse wissen, dass sie in Gefahr sind. Sie versuchen den gesunden Patriotismus der Chinesen zu ihren Gunsten auszunützen, sie stellen sich ungeniert als die einzigen wahren Hüter nationaler Anliegen dar und sie kreieren, nicht

ohne Erfolg, Feindbilder, die von ihrem Legitimitätsdefizit ablenken und ihnen das Überleben erleichtern. Dabei hilft ihnen der Westen durch Verzagtheit, Kleinmut und Profitgier, und viele, ich habe es deutlich gemacht, halten diese Qualitäten sogar für Tugenden.

Das ist bedauerlich. Wenn der Westen sich selber als zu dominant und zu überheblich empfindet, wenn er keine Lust oder keine Kraft mehr hat, seine Werte weiter zu globalisieren, dann sollte er auch so ehrlich sein, dies der Welt mitzuteilen und dazu zu stehen. Ich denke, dass Millionen von Chinesen über einen solchen Bescheid sehr traurig wären. Doch westliche Tugenden zu predigen und im Stillen darauf zu hoffen, dass China ruhig, einschätzbar und despotisch bleiben wird, ist eines Demokraten – und Demokraten sind wir doch alle, nicht wahr? – nicht würdig.

Dr. Ulrich Schmid
Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung

* Vortragsmanuskript vom 13.05.2003 - Zwischentitel und Hervorhebungen von der Redaktion eingefügt